

Wohnungsnot beseitigen!

Das Grundproblem der Wohnungsbaupolitik ist sicherlich in dem Dualismus zwischen freier Marktwirtschaft einerseits, und staatlichen Eingriffen andererseits zu sehen.

Staatliches Handeln kann dabei im Dienste der sozial Benachteiligten wirksam werden, aber auch die Bedingungen der großen Wohnungshaie auf dem freien Markt verbessern.

Real hat sich die Situation derjenigen, die wie StudentInnen nicht über große finanzielle Mittel verfügen, aber tatsächlich verschlechtert. Es gibt jedoch Lösungsmöglichkeiten, die Wohnungspolitik strukturell zu verbessern.

Fehlbelegungsabgabe

Die Berechtigung auf Zuteilung einer Sozialwohnung wird nur einmal, nämlich bei der Antragstellung, überprüft. Spätere Veränderungen im Familienstand und Haushaltseinkommen, welche die Anspruchsberechtigung aufheben würden, bleiben unberücksichtigt. Daraus resultiert eine im Moment auf 20 % geschätzte Fehlbelegungsquote von Sozialwohnungen.

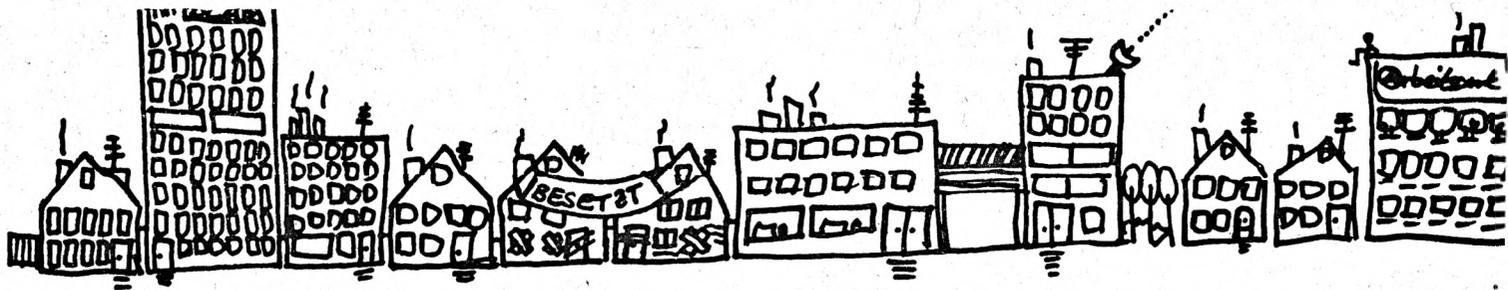
Um nicht beim Auszug unzumutbare Härten auftreten zu lassen, wäre es möglich, bei entsprechenden Einkommensüberschreitungen die Quadratmetermiete zu dynamisieren. Die geschätzten Einnahmen gehen in die Milliarden.

Bindungsbescheinigung

Um auch unverheirateten StudentInnen die Möglichkeit zu eröffnen, in den Genuß von Sozialwohnungen zu kommen, müssen die Vergaberichtlinien für Bindungsbescheinigungen geändert werden. Bisher haben Wohngemeinschaften, die schon aus ökonomischen Gründen extrem "platzsparend" wohnen, keine Chance an entsprechende Wohnungen ranzukommen. Deshalb muß es ermöglicht werden, Bindungsbescheinigungen zusammenzulegen. Natürlich müssen Bindungsbescheinigungen auch für Ausländer ausgestellt werden.

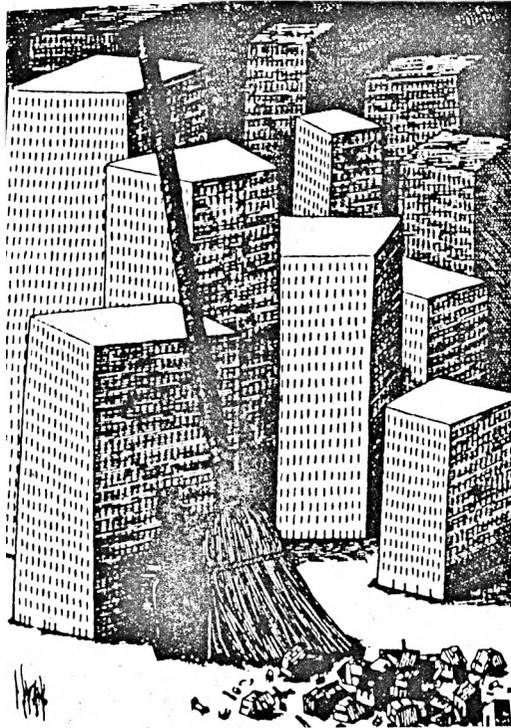
Wohnungsneubau

Mit Schwerpunkt auf den Mietwohnungsbau muß der Bau neuer und bezahlbarer Wohnungen betrieben werden. Dabei ist darauf zu achten, daß auch neue und alternative Wohnformen ermöglicht werden. Wenn mehrere Leute zusammen leben wollen, zusammen Kinder erziehen wollen oder zusammen arbeiten wollen, so ist das in den bisher vorhandenen Wohngrenzen nicht möglich. Deshalb muß der öffentliche Wohnungsbau die vorhandene Eintönigkeit und Gettoisierung durchbrechen. Anonyme Hochhäuser darf es nicht mehr geben. Alte Wohnungen dürfen nicht mehr abgerissen werden.



Bodenpolitik

Langfristig muß das Privateigentum an Grund und Böden aufgehoben werden. Als erster Schritt in diese Richtung müssen die Gemeinden Land für sozialen Wohnungsbau zu günstigen Preisen vergeben und unter Benutzung des Vorkaufsrechts Land erwerben.



Abschaffung der Makler

Das Vermarkten von Wohnungen ist in höchstem Maße unsozial und kapitalistisch. Die Stadt soll eine effektiv arbeitende Wohnungsvermittlung einrichten, damit die Makler Schritt für Schritt überflüssig werden. Dies ist auch ein Grund, warum der AstA für StudentInnen Wohnungen anmieten wird. Kein Student und keine Studentin soll in Zukunft mehr die Maklergebühr berappen müssen.

Wohnheimbau

Das Studentenwerk ist aufgefordert, sich gegenüber dem Land für den Bau neuer Wohnheime auszusprechen.

Auch die Anmietung kleinerer "Objekte" ist eine Möglichkeit zu einer Verbesserung der Situation für uns zu kommen. Dabei muß die Verbesserung der Wohnsituation von Studenten und Studentinnen nicht unbedingt im Widerspruch zur restlichen Bevölkerung stehen.

Indem die Wohnraumfrage politisiert wird, nicht nur vom Einzelnen gelöst werden soll, können wir uns solidarisieren und gemeinsam handeln.

AStA-Sozialberatung

Bei Fragen zu sozialen Themen wie Wohnungssuche, Ärger mit VermieterIn, Vergünstigungen für StudentInnen etc. (außer BAföG, s.o.). AStA-Sozialberatung, AStA-Stadtmitte, di ab 12^u, in den Semesterferien nach Vereinbarung.